



Die Universität als Ort des kritischen Denkens heute

I. Kritische Vorbemerkung

In verschiedenen Wissenschaftsbereichen lässt sich das Selbstverständnis ›kritisch‹ zu sein geradezu als zentraler Bestandteil einer allgemeinen Berufsphilosophie beschreiben. Es ist wohl keine gewagte Vermutung, dass die Neigung, kritische Töne gegenüber der ökonomischen und/oder politischen Macht anzuschlagen, mit zunehmender Distanz zu den entsprechenden Machtfeldern, das heisst mit steigender Machtlosigkeit oder Ohnmacht, zunimmt. Genauer gesagt dürfte die Neigung zur Kritik unter den Menschen besonders verbreitet sein, die über (sehr) hohe Bildungstitel, aber relativ begrenzte Macht verfügen, und die bevorzugte Zielscheibe der Kritik dürften jene sein, die – zumindest aus der Sicht der Kritikerinnen und Kritiker – über mehr Macht als Bildung verfügen.

Wenn dem so ist, müssen wir davon ausgehen, dass nicht überall so viel Kritik drin steckt wie drauf steht. Dieses Problem stellt sich mit besonderer Schärfe in den Geistes- und Sozialwissenschaften, deren Protagonisten und Protagonistinnen in vielen Fällen ein offensichtliches Interesse an einem kritischen Image haben. In Anlehnung an Pierre Bourdieus bekannte Metapher macht es vielleicht Sinn, von einer »linken« und einer »rechten Hand« der Wissenschaft zu sprechen (Bourdieu 1998). Wenn die Wissenschaft sich insgesamt als Feld beschreiben lässt, das in einer gewissen Distanz und Fremdheit zu den Feldern der ökonomischen und politischen Macht steht, so gibt es unter den wissenschaftlichen Institutionen und Fachbereichen doch wiederum welche, die diesen Mächten näher stehen als andere. Es wäre reizvoll, würde aber den Rahmen dieses Beitrags sprengen, Bourdieus Modell des Felds der Hochschulen (Bourdieu 2004: 163ff.) auf die Schweiz zu übertragen.

Vermutlich liessen sich auch bei uns entsprechende Gegenüberstellungen beschreiben, etwa zwischen einem technischen Pol (ETH) und einem technokratischen Pol (HSG), oder zwischen einem Pol mit hoher wissenschaftlicher Autonomie (geisteswissenschaftliche Fakultäten) und einem

Peter Streckeisen

1975. Privatdozent und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Soziologie der Universität Basel. Lehrbeauftragter an der Hochschule Luzern für Soziale Arbeit und an der Universität St. Gallen. Schreibt regelmässig in der Zeitschrift *Debatte* (www.debatte.ch).



›praxisorientierten‹ Pol mit relativ schwacher Autonomie gegenüber Wirtschaft und Verwaltung (Fachhochschulen).

Falls es Sinn macht, von einer linken Hand der Wissenschaft zu sprechen, sind die universitären Sozial- und Geisteswissenschaften mehrheitlich unter diesen Begriff zu stellen. Es handelt sich um Disziplinen, in denen sehr viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich als ›links‹ oder zumindest ›progressiv‹ betrachten. Doch die radikalsten wissenschaftlichen und politischen Stellungnahmen lassen sich mit einer hartnäckigen Weigerung verbinden, kritisch über die eigene soziale Stellung und die damit verbundenen, zum Beispiel professoralen Privilegien nachzudenken. Wenn etwa der ›kritische‹ Professor über Prekarisierung forscht und die sozialen Auswirkungen anprangert, wird er kaum an die mitunter zahlreichen jüngeren Menschen denken (›HiWis‹, ›Assis‹, ›WiMis¹), die gerade bei ihm in prekären Verhältnissen angestellt sind. Die Schärfe, mit der politische oder ökonomische Macht kritisiert wird, ist in zahlreichen vergleichbaren Fällen proportional zur Tiefe des Schweigens über die eigenen Verstrickungen in jene Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse, die die Welt der Universitäten prägen.

Es mag deshalb angemessen erscheinen, die Qualität des kritischen Denkens nicht zuletzt am Kriterium festzumachen, inwiefern die Kritikerinnen und Kritiker auch kritisch über sich selbst und den eigenen Stand nachdenken, um es in Anlehnung an Max Weber (1919) zu formulieren. Oder für jene, die lieber Marx' Worte aus den Feuerbachthesen aufgreifen möchten: Als »revolutionäre Praxis« oder »praktisch-kritische Tätigkeit« ist dieses Denken daran zu messen, ob es das »Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung« (Marx 1845) gerade auch innerhalb der Universität befördert oder den Gegenstand der Kritik nur ausserhalb des eigenen Tätigkeitsfelds verortet.

II. Eine neue Morphologie der Universitätsbevölkerung

Wie jede Tätigkeit ist das kritische Denken nicht einfach eine Frage des guten Willens (oder des guten Wesens), sondern lässt sich als mehr oder weniger wahrscheinliches Ergebnis eines Zusammentreffens von Habitus und Feld, einer Wechselwirkung zwischen »mentalen und sozialen Strukturen« im Sinne Pierre Bourdieus betrachten.² Und da der Habitus stets durch die Flugbahn im sozialen Raum geprägt ist, lohnt sich ein Blick auf die typischen Lebensentwürfe und beruflichen Karrieren der Menschen, die an Universitäten studieren, lehren und forschen. Seit 1980 hat sich in der Schweiz die Morphologie der Universitätsbevölke-



rung³ wesentlich verändert, und damit auch die Bedingungen und Bezüge kritischen Denkens an den Universitäten.

Im internationalen Vergleich lässt sich die Schweiz als Beispiel einer späten Bildungsexpansion im Hochschulbereich beschreiben. Zwischen 1980 und 2010 hat sich die Zahl der Studierenden an Universitäten und ETH mehr als verdoppelt, von gut 60'000 auf über 130'000 Personen. Während 1980 erst 11.4 Prozent eines Jahrgangs ein universitäres Studium aufnahmen, wurde der vorläufig höchste Wert im Jahr 2002 mit 21 Prozent erreicht (Gemperle/Streckeisen 2011: 252). Eine solche Dynamik führt vorübergehend zwangsläufig zu einem steigenden Anteil von Studierenden, deren Eltern nicht studiert haben. Im Jahr 2005 hatten 58 Prozent aller Uni- und ETH-Studierenden keine Eltern mit Hochschulabschluss, in den Geistes- und Sozialwissenschaften waren es über 60 Prozent (BFS 2005: 11–12). Seither ist der Anteil dieser Studierenden wieder rückläufig (BFS 2014), weil sich die Bildungsexpansion inzwischen auch im gestiegenen Bildungsniveau der Elterngeneration niederschlägt.

Es handelt sich dennoch nicht um eine Rückkehr zu früheren Zeiten. Zum einen gilt es zu bedenken, dass zahlreiche ›studierte‹ Eltern Bildungseinrichtungen besucht haben, die zu ihrer Zeit noch nicht als Hochschulen anerkannt waren: Erst 1998 wurden höhere technische und Fachschulen zu Fachhochschulen aufgewertet.⁴ Grundsätzlich aber müssen wir im Auge behalten, dass sich die Bedeutung eines Hochschulstudiums ändert, wenn nicht mehr nur fünf oder zehn Prozent eines Jahrgangs studieren, sondern wie heute in der Schweiz ca. 35 Prozent (Universitäten, ETH und Fachhochschulen zusammengenommen). Wenn wir über Flugbahn und Habitus sprechen, ist nicht nur die soziale Herkunft der Studierenden zentral, sondern auch deren soziale Zukunft. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich das Studium als Etappe auf dem Weg in eine hohe oder sehr hohe gesellschaftliche Stellung erweist, nimmt ab. Natürlich muss diesbezüglich zwischen Hochschultypen und Fachbereichen differenziert werden. Möglicherweise funktionieren heute gewisse universitäre Fachbereiche als Wege des sozialen Aufstiegs weniger gut als die Fachhochschulen, in denen immer noch über zwei Drittel der Studierenden keine Eltern mit Hochschulabschluss haben.

Jedenfalls wäre es verkürzt, die Studierenden pauschal als zukünftige Elite zu betrachten; eine richtige Elite umfasst nicht 35 Prozent der Bevölkerung... Genau so ist die Wahrscheinlichkeit für Angehörige des akademischen Mittelbaus gesunken, zur zukünftigen akademischen Elite zu zählen, das heisst Professor oder Professorin zu werden. Im Mittelbau war das Wachstum seit 1980 noch stärker als bei den Studieren-



den: Die Zahl der ›Assis‹ und ›WiMis‹ hat sich verdreifacht, während die Zahl der Professorinnen und Professoren um 70 Prozent angestiegen ist.⁵ In den Fachbereichen Geschichte und Kulturwissenschaften waren 1980 durchschnittlich 1,8 Mittelbauangestellte pro Professor tätig, 2012 hingegen 6,2. In den Naturwissenschaften ist das Verhältnis von 5,6 auf 11,2 gestiegen. Eine Ausnahme stellen die Sozialwissenschaften dar, in denen die Zahl der ›Assis‹ und ›WiMis‹ pro Professur relativ stabil geblieben ist: War das Verhältnis in diesem Fachbereich 1980 noch ähnlich wie in den Naturwissenschaften, stehen die Sozialwissenschaften mit 5,9 diesbezüglich heute den Historischen und Kulturwissenschaften nahe. Wer als einer von zwei Assistierenden angestellt ist, rechnet sich andere Karrierechancen aus und unterhält ein anderes Verhältnis zum Professor oder zur Professorin, als wenn fünf oder zehn weitere Kollegen und Kolleginnen da sind. Von Bedeutung ist ausserdem die Tatsache, dass ein steigender Anteil der Mittelbauangestellten über Drittmittel finanziert wird: Waren 1980 etwa 15 Prozent der ›Assis‹ und ›WiMis‹ auf einer Drittmittelstelle, ist es heute fast schon die Hälfte. Allein die Zahl der durch den Schweizerischen Nationalfonds finanzierten Mittelbauangestellten hat sich zwischen 2003 und 2012 beinahe verdoppelt (von 2165 auf 3968 Personen).

Darüber hinaus sind grundlegende Änderungen in der sozialen Zusammensetzung des Mittelbaus zu beobachten. Wir verfügen leider nicht über Daten zur sozialen Herkunft der ›Assis‹ und ›WiMis‹, können aber vermuten, dass auch im Mittelbau, obschon weniger als bei den Studierenden, eine begrenzte soziale Öffnung stattgefunden hat. Statistisch gut dokumentiert sind dagegen die Feminisierung sowie die Internationalisierung des akademischen Mittelbaus. Der Frauenanteil ist zwischen 1980 und 2012 unter den ›Assis‹ und ›WiMis‹ von 17 auf 42 Prozent gestiegen (auf professoraler Ebene von zwei auf 18 Prozent). Knapp 40 Prozent der Dokorate gehen heute auf das Konto von Frauen. In den Geistes- und Sozialwissenschaften ist der Mittelbau inzwischen mehrheitlich weiblich.

Was die Internationalisierung anbetrifft, darf nicht vergessen werden, dass die Kolleginnen und Kollegen in der überwältigenden Mehrheit aus wenigen Herkunftsländern kommen, wobei Deutschland mit Abstand das grösste Gewicht zukommt. Während 1990 über 70 Prozent der Doktorierenden ihre Schullaufbahn in der Schweiz absolviert hatten, waren 2012 die sogenannten Bildungsausländer/innen bereits in der Mehrzahl (SBFI 2014: 32). Zwischen 2003 und 2012 ist der ›Ausländeranteil‹ im Mittelbau von 48 auf 62 Prozent angestiegen, er liegt hier damit deutlich höher als auf professoraler Ebene (Anstieg von 41.2 auf 49.9 Pro-



zent). Im Bereich der Sozialwissenschaften hat sich der Ausländeranteil am gesamten Personal zwischen 2000 und 2012 von ca. 20 auf 40 Prozent verdoppelt. In den Wirtschafts-, Natur, Ingenieur- und Maschinenwissenschaften sind die Kolleginnen und Kollegen ohne Schweizer Pass inzwischen in der Mehrheit, während das Recht einen Ausnahmebereich darstellt, in dem auch heute noch zu über 80 Prozent Schweizerinnen und Schweizer tätig sind.

Traditionell liess sich die typische Flugbahn eines Angehörigen des akademischen Mittelbaus mit dem folgenden Satz treffend beschreiben: »Ein Schweizer Mann aus gutem Haus wird wahrscheinlich Professor werden...« Heute sieht das Bild doch ziemlich anders aus, und damit verändert sich auch die Bedeutung der ›Opfer‹, die dem akademischen Mittelbau als Preis für den Zugang zur Professur auferlegt werden, das heisst der eingeforderten Bereitschaft zum Verzicht auf Einkommen und Beschäftigungssicherheit, durch den der ›wissenschaftliche Nachwuchs‹ beweisen soll, dass er für Höheres geeignet ist. Wir haben es nun mit einem stark feminisierten Mittelbau zu tun, dessen Angehörige sehr oft nicht aus der Schweiz kommen und/oder nicht hier studiert haben, und deren Chancen auf eine Professur deutlich kleiner sind als zu früheren Zeiten. Aufgrund des veränderten quantitativen Verhältnisses zwischen ›Assis‹ und ›Profs‹ sowie der zunehmenden Bedeutung von Drittmitteln und Förderprogrammen des Nationalfonds etc. rückt die traditionelle Form des professoralen Heranziehens eines akademischen Zöglings etwas in den Hintergrund. Die Macht der Professorenschaft nimmt gleichwohl zu, denn es hängen durchschnittlich weitaus mehr ›Assis‹, ›WiMis‹ und ›HiWis‹ an einer Professur als jemals zuvor.

III. Veränderungen des Feldes der Universitäten

Diese Veränderungen der Morphologie der Universitätsbevölkerung, vor allem die Heterogenisierung der typischen Flugbahnen des wissenschaftlichen Personals, gilt es im Auge zu behalten, um die Bedeutung aktueller Veränderungen im Feld der Universitäten besser zu verstehen. So lassen sich etwa die hochschulpolitischen ›Reformen‹ der letzten 20 Jahre wesentlich als Versuch betrachten, einige unerwünschte Nebenwirkungen der Bildungsexpansion in den Griff zu kriegen (Gemperle/Streckeisen 2011). Die Berufsbildungsreform der 1990er-Jahre mit der Einführung einer Berufsmaturität und der Gründung von Fachhochschulen zielte explizit darauf ab, durch eine Aufwertung der Berufsbildung die steigende Anziehungskraft des Gymnasiums und der Universitäten zu brechen. Die Bologna-Reform dient den Universitäten nicht nur als Basis für eine strukturierte und standardisierte Massenpro-



duktion von Absolventinnen und Absolventen, sie führt mit dem dreistufigen Aufbau (BA, MA, Doktorat) zugleich eine Selektionslogik ein, welche die traditionelle Funktion der Elitenauswahl vor dem Hintergrund einer gewissen sozialen Öffnung des Hochschulzugangs stabilisiert.

Zehn Jahre nach der Einführung von ›Bologna‹ haben die allermeisten hochschulpolitischen Verantwortungsträger die damaligen Beteuerungen vergessen, der Master werde als dem bisherigen Lizenziat oder Diplom gleichwertiger Titel der universitäre Regelabschluss bleiben. Sie konzentrieren ihre Überlegungen auf die Frage, wie sich die Universitäten mit einem besonders attraktiven und nicht einfach als Fortsetzung des BA-Studiums konzipierten Master-Angebot im ›internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe‹ vorteilhaft positionieren können. Derweil plädieren die Wirtschaftsverbände offen dafür, ein Grossteil der Studierenden solle die Universität mit dem BA verlassen. Auch das angelsächsische Modell einer Kopplung von Master und Doktorat, in dem eigentlich bereits für den Master nur noch Studierende in Frage kommen, die das Zeug für eine akademische Karriere haben, macht die Runde.

Unter Professorinnen und Professoren der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten gehört es zum guten Ton, über ›Bologna‹ zu schimpfen und sich zugleich pragmatisch an dessen Umsetzung zu beteiligen. Darin kommt nicht nur Opportunismus zum Ausdruck, sondern oft eine grundsätzlich ambivalente Haltung zum neuen Studienmodell: Während sie die Verschulung als ihrer noblen Vorstellung des Studiums unwürdig erleben und die bürokratische Standardisierung der Lehre als Einschränkung ihrer akademischen Freiheit erleiden, haben viele Professorinnen und Professoren offensichtlich ein Interesse an der Trennung von BA und MA, weil sie sich auf die Arbeit mit den ›besten Köpfen‹ konzentrieren wollen. Ihre Rede vom ›Qualitätsverlust‹ der Studierenden, die scheinbar nicht einmal mehr fehlerfrei schreiben, geschweige denn eine wissenschaftliche Fragestellung entwerfen können, schliesst implizit die Forderung ein, systematisch die Spreu vom Weizen zu trennen, und lässt erahnen, dass sie das verschulte Studium für die nicht ganz so ›exzellenten‹ Studierenden eigentlich als angemessene Form betrachten. Dieses Urteil über die Qualität der Studierenden ist natürlich mit hoher statistischer Wahrscheinlichkeit jeweils auch ein ›Klassen-Urteil‹, das heisst ein typisches Beispiel dafür, wie soziale in schulische Urteile verwandelt beziehungsweise als solche unkenntlich gemacht werden (Bourdieu 2004: 57). Jedes kritische Denken müsste hier ansetzen und nicht nur Zusammenhänge zwischen sozialer Her-



kunft und ›Qualität‹ der Studierenden reflektieren, sondern zugleich traditionelle Vorstellungen akademischer Qualität (oder ›Exzellenz‹) hinterfragen und als Herrschaftsdiskurse enttarnen.

Für den in der Lehre engagierten akademischen Mittelbau bedeutet ›Bologna‹ einen sehr hohen Betreuungsaufwand auf Grund der Inflation an studentischen Leistungsnachweisen, die das neue Studienmodell verursacht. Darüber hinaus ist die ›Reform‹ inzwischen auf der Stufe Doktorat angekommen, wo vermehrt strukturierte Angebote die traditionelle freie Dissertation ersetzen. Diese Doktoratsprogramme sind nur ein Teil einer umfassenden Programmatik zur ›Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses‹, die von den universitären Verantwortungsträgern permanent beschworen wird. Tatsächlich hat insbesondere der Schweizerische Nationalfonds seine Angebote zur Förderung ›exzellenter‹ Nachwuchsleute ausgebaut und differenziert, unter anderem mit gezielten Massnahmen im Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften (Doc.CH Stipendien) oder für Frauen (Marie-Heim-Vögtlin-Beiträge). Seit 2000 finanziert der Nationalfonds eine beträchtliche Anzahl so genannter Förderprofessuren: Es handelt sich um forschungsorientierte, befristete Stellen, deren Inhaberinnen und Inhaber nach Ablauf der Förderung offensichtlich gute Chancen auf eine ›richtige Professur‹ haben: Beinahe 90 Prozent, die in den Ausschreibungen von 2000 bis 2006 ausgewählt worden sind, wurden inzwischen auf eine Professur berufen (davon 34 Prozent im Ausland) (SBFI 2014: 51). Die ETH und die Universitäten ihrerseits haben begonnen, eine gewisse Zahl von Stellen als Assistenzprofessuren mit oder ohne Option auf Entfristung und Promotion (*tenure track*) auszuschreiben. 2011 gab es bereits 589 derartige Nachwuchsprofessuren neben 3'141 ›richtigen Professuren‹ (SBFI 2014: 109). Im Falle der Förder- und Assistenzprofessuren entfällt die Habilitation als traditionell unerlässlicher Schritt in der akademischen Karriere.

Diese Liste der Fördermassnahmen mag auf den ersten Blick beeindrucken, doch in manchen Fällen muss sich einiges ändern, damit sich grundsätzlich gar nichts verändert. Dies ist wohl auch hier der Fall. Auf das Wachstum und die Heterogenisierung des akademischen Mittelbaus reagiert das Hochschulsystem mit einer klaren Verschärfung der Selektionslogik und der ›Exzellenzorientierung‹, die den gemeinsamen Nenner aller Massnahmen bildet. Der erst kürzlich erschienene Bericht zuhanden des Bundesrates (SBFI 2014) ortet denn auch in der fehlenden Selektion nach dem Doktorat (Postdoc) eines der grössten Probleme, das es zu beheben gelte: Zu viele Kolleginnen und Kollegen blieben zu lange an der Uni, obwohl sie nicht wirklich für eine akademische Karriere



geeignet seien. Und die Beobachtung, dass der Anstieg des Frauenanteils auf professoraler Ebene stagniert, führt die Spezialisten des SBFI nicht zur eigentlich nahe liegenden Erkenntnis, dass das Festhalten an der ausschliesslichen Orientierung auf professorale Karrieren bei gleichzeitiger Beschleunigung der Karriereschritte und erhöhten Anforderungen an internationale Mobilität dauerhaft all jene benachteiligt, in deren Lebensentwürfen ein grösserer Zeitaufwand für Kinder und Familie seinen Platz findet. Im traditionellen Modell mussten Männer für eine akademische Karriere nicht auf Kinder verzichten, weil ihre Frau sich um diese kümmerte. Die heutige Politik orientiert sich am Dual-Career-Konzept, dem zufolge die akademische Karriere sich nur dann mit einem Kinderwunsch vereinbaren lässt, wenn die mit den Kindern verbrachte Zeit auf ein Minimum beschränkt wird und die Familie als eine Art Gepäckstück betrachtet wird, das sich je nach Karriereanforderungen von einem Land ins andere transportieren lässt.

Es wäre deshalb an der Zeit, an den Universitäten mehr unbefristete Stellen als echte Alternativen zur professoralen Karriere einzurichten und damit jenen Kolleginnen und Kollegen, die gar nicht solche Ambitionen hegen oder dieses Ziel nicht erreichen, langfristige berufliche Perspektiven zu bieten. Die Vorschläge des Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierates gehen in diese Richtung (SWTR 2013), sie werden aber im Bericht zuhanden des Bundesrats (SBFI 2014) nicht ernsthaft aufgegriffen. Die vorherrschende Förderprogrammatik ist dennoch nicht nur Schaumschlägerei, sondern hat reale Auswirkungen auf die Funktionsweise des universitären Feldes. Sie relativiert die Bedeutung der persönlichen Förderung des ›wissenschaftlichen Nachwuchses‹ durch die einzelnen Professorinnen und Professoren und schafft zugleich eine neue Illusion der Chancengleichheit, an die sich wohl vor allem jene klammern, die objektiv gesehen die kleinsten Chancen auf eine akademische Karriere haben. Während im traditionellen Modell die Aura des Professors auf der Fiktion beruhte, der Weg zur Professur sei genialer Intelligenz und/oder »wildem Zufall« geschuldet (Weber 1919), setzt das heutige Hochschulsystem die Fiktion einer planbaren akademischen Karriere in die Welt, die für alle realisierbar ist, die sich der Logik der Fördermassnahmen fügen. Es handelt sich dabei nicht um eine Abkehr vom Leitbild der ›Exzellenz‹, sondern um eine veränderte Konzeption desselben.

Die Auseinandersetzungen um die Ökonomisierung der Universitäten sind im Zusammenhang mit der ›Studienreform‹ und der ›Nachwuchsförderung‹ zu sehen. Zusätzlich zu traditionellen, sozusagen von aussen kommenden Formen der Ökonomisierung (wirtschaftliche Ein-



flüsse auf die Uni, Ausrichtung von Lehre und Forschung an wirtschaftlichen Interessen, etc.) haben wir es in zunehmendem Masse mit einer von innen operierenden Ökonomisierung zu tun, die den Wirtschaftswissenschaften selbst entspringt. So findet der Aufstieg der Managementwissenschaften seit dem Zweiten Weltkrieg heute eine Auswirkung darin, dass die Universitäten nun selbst zum Gegenstand ›wissenschaftlicher Betriebsführung‹ im Sinne Taylors gemacht werden. Die Professionalisierung der traditionell akademisch besetzten Leitungsgremien (allen voran der Rektorate), der Ausbau der zentralen Verwaltungen (zwischen 2002 und 2012 ist das administrative und technische Personal in diesem Bereich von 1406 auf 2160 Vollzeitäquivalente angewachsen) sowie der zunehmende Einfluss von Qualitätssicherung und Evaluation sind zentrale Aspekte eines Transformationsprozesses, der die alltägliche Funktionsweise des Universitätsbetriebs umgestaltet. Vor diesem Hintergrund lässt sich eine Verschiebung der politischen Konfliktlinien beobachten: An die Stelle der Auseinandersetzungen zwischen ›linken‹ und ›bürgerlichen‹ Professorinnen und Professoren tritt in zunehmendem Masse ein Konflikt zwischen der Professorenschaft auf der einen und dem Hochschulmanagement – mit seinen Beratern und ›Modernisierern‹ – auf der anderen Seite. Überhaupt ist der Kampf um die Ökonomisierung der ›linken Hand‹ des Staates – und der Wissenschaft – vielleicht eines der zentralen Merkmale der Gegenwart.

In diesen Kämpfen zwischen den Anhängern der traditionellen Humboldt-Universität und den Modernisierern und ihrem Leitbild der unternehmerischen Universität stehen nicht nur das Studienmodell oder die Formen der akademischen Karriere auf dem Spiel, sondern auch der Status und die Würde der professoralen Körperschaft als akademisches Elitekorps. Zwar kommt es den Hochschulmanagern keineswegs in den Sinn, die handfesten professoralen Privilegien im Lehr- und Forschungsbetrieb in Frage zu stellen, insbesondere nicht die unangemessenen Freiheiten der ›Profs‹ im Umgang mit Studierenden und Mittelbau⁶ Denn sie sind ja darauf bedacht, für ihre Universität die besten Professorinnen und Professoren zu gewinnen und diese mit attraktiven Bedingungen anzulocken. Gleichwohl wird die kollektive Handlungsfreiheit der Professorenschaft beeinträchtigt, zum Beispiel wenn die Fakultäten ihre Professurenplanung den übergeordneten Entwicklungs- und Strategieplänen unterwerfen müssen, und wird die professorale Würde durch die zunehmende Einmischung durch Verwaltungsleute, Evaluatoren oder Organisationsentwickler angekratzt. Der bisweilen lautstarke professorale Protest gegen die Ökonomisierung oder die Bürokratisierung trägt deshalb auch Züge einer konservativen Verteidi-



gung der Professorenschaft als akademischer Elite, die sich allein als kompetent betrachtet, in Wissenschaftsbelangen Entscheidungen zu treffen. Studierende und Mittelbau tun gut daran, sich in solchen Auseinandersetzungen nicht instrumentalisieren zu lassen. Denn die ›akademische Freiheit‹, die von professoraler Seite verteidigt wird, ist auch immer eine zentrale Berufungsinstanz, wenn es darum geht, Forderungen der Studierenden oder des Mittelbaus zurückzuweisen.

IV. Neue Leitbilder sind gefragt

Die schweizerischen Universitäten sind im Umbruch, und deshalb gilt es auch nach neuen Leitbildern für das kritische Denken zu suchen. Genauer gesagt stellt sich die Frage: Wie stellen wir uns denn heute die kritischen Denker und Denkerinnen vor? Welchen Intellektuellen-Typus haben wir implizit oder explizit vor Augen?

In zunehmendem Ausmass haben wir es nun an den Universitäten mit Studierenden zu tun, die sich selbst gar nicht als Studierende im traditionellen Sinn sehen, sondern eher als erwachsene Schüler und Schülerinnen. Wir begegnen immer mehr ›Assis‹, die von den ›Profs‹ nicht als zukünftige Nachfolger gesehen werden und relativ heterogene Lebensentwürfe und Flugbahnen aufweisen: Sie ›sind nicht wie die Profs‹, sie erkennen sich nicht in ihnen und umgekehrt.⁷ Es gibt ein zunehmendes Gefühl von Fremdheit an der Universität, weil sich diese Institution in ihrem Selbstverständnis kaum oder nur unwillig angepasst hat an die veränderte Morphologie der Universitätsbevölkerung. Zahlreiche Studierende und Assistierende fühlen sich an der Uni nicht zu Hause. Die vorherrschende Politik (strukturiertes Studium, Nachwuchsförderung, etc.) gibt vor, sie gezielt zu unterstützen, und stellt zugleich die Instrumente bereit, um sie systematischer und vor allem früher als bisher aus dem System auszuschneiden. Es ist kein Zufall, dass ›Qualitätssicherung‹ an den Universitäten gerade jetzt zum Thema wird, da der Elitecharakter der Studierenden und des Mittelbaus ungewiss wird.

Die unternehmerische Universität befördert zwei relativ neue Leitbilder des Wissenschaftlers⁸: Zum einen den Experten, der sich auf realistische Fragestellungen beschränkt und seine Untersuchungen in den Dienst der politischen oder wirtschaftlichen Mächte stellt, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben. Zum anderen den Intellektuellen-Manager (oder den Manager-Intellektuellen), der bestens vernetzt ist und sich darauf konzentriert, eine Vielzahl von Projekten mit unterschiedlichen Inhalten und Finanzierungsquellen parallel zu managen, während die Knochenarbeit in Lehre und Forschung von seinen ›HiWis‹, ›Assis‹ und ›WiMis‹ verrichtet wird. An einer solchen Professur, die sich als wissen-



schaftliches KMU beschreiben lässt, können bis zu zwei Dutzend Personen tätig sein – natürlich in befristeter Anstellung, teilweise mit sehr kleinen Pensen und nicht selten mit etwas undurchsichtiger Finanzierung. Gegen diese Tendenzen verteidigt ein Teil der Professorenschaft ein traditionelles Leitbild des Wissenschaftlers oder Intellektuellen, der sich auf die ›akademische Freiheit‹ beruft und klassische Werte der wissenschaftlichen ›Exzellenz‹ hochhält. Gerade in den Geistes- und Kulturwissenschaften ist diese Haltung stark verbreitet, also in den Bereichen, wo auch heute noch die ›intellektuelle Handwerkerschaft‹ vorherrscht, das heisst, wo es noch möglich und üblich ist, mit individuellen Einzelarbeiten eine akademische Karriere zu realisieren, weil der einzelne Wissenschaftler weiterhin selbst über die Produktionsmittel seiner Wissenschaft verfügt (im Wesentlichen seine Bibliothek, wie es bei Weber heisst) und nicht auf einen grösseren Maschinenpark und weiter reichende Formen der Arbeitsteilung angewiesen ist.

Kritisches Denken hat sich in der Vergangenheit oft, aber in aller Regel implizit, an dieser etwas traditionellen Vorstellung intellektueller Tätigkeit orientiert. Vor dem aktuellen Hintergrund der Bildungsexpansion wird eine solche Orientierung in zunehmendem Ausmass problematisch, weil sie ein unreflektiertes elitäres Selbstverständnis mit einschliesst. Wenn auch linke Professorinnen und Professoren (von den ›Assis‹ nicht zu sprechen) in den Chor jener einstimmen, die das ›fehlende Niveau‹ der heutigen Studierenden beklagen, zeigt sich deutlich, wie das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer geistigen Elite dem kritischen Denken konservative Züge einverleibt. Wollen wir neue Figuren der Kritik entwerfen, geht es deshalb darum, die kritische Funktion der Intellektuellen von der realen oder erhofften Elitenkarriere zu trennen sowie das Bild des heroischen Einzelforschers, der auf quasi magischen Wegen zu seinen Erkenntnissen gelangt, durch ein Modell der Kooperation zwischen Intellektuellen mit unterschiedlichen Erkenntnisinteressen, Fähigkeiten und Stilen zu ersetzen. Kurz gesagt geht es darum, sich die wissenschaftliche Praxis nicht mehr als eine ›höhere Tätigkeit‹ von ›höheren Wesen‹ vorzustellen, sondern als einen Beruf wie einen anderen, der durch gewöhnliche Menschen auf jeweils unterschiedliche Weise ausgeübt werden kann – je nachdem, welchen sozialen Hintergrund sie haben und wie sich ihr Lebensentwurf gestaltet. Wir brauchen uns auch nicht unbedingt auf den »Arbeitertraum« der ›Arbeiter-Intellektuellen‹ oder ›Arbeiter-Dichter‹ (Rancière 2013) zu beziehen, das heisst auf ein Bild von aussergewöhnlichen Arbeitern, die zu Intellektuellen im traditionellen Sinne des Wortes werden. Vielmehr geht es darum zu anerkennen, dass Angehörige unterschiedlicher sozialer Klassen und Grup-



pen auf unterschiedliche Weise intellektuell tätig sein können, und dass die Universität von einer Pluralisierung der Arten des wissenschaftlichen Arbeitens viel zu gewinnen hätte.

Die Entzauberung der Universität als ›heilige‹, geweihte und weihende Eliteeinrichtung, die Max Weber vor 100 Jahren als unabwendbares Schicksal erschien, gilt es heute als politisches Ziel auf die Agenda zu schreiben. Ohne Zweifel braucht die wissenschaftliche Tätigkeit einen institutionellen Rahmen wie die Universität, der eine gewisse Distanz zum Alltagsgeschehen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft herzustellen hilft. Aber kritisches Denken braucht keine Elite der Kritik. Und die Kritik am universitären ›Feudalsystem‹ erhält einen schalen Beigeschmack, wenn sie von Kolleginnen und Kollegen vorgetragen wird, die sich ganz selbstverständlich als Elite der Zukunft sehen.⁹ Wird Wissenschaft dagegen als Beruf gewöhnlicher Menschen betrachtet, ist es allerdings auch gerechtfertigt, gute Arbeitsbedingungen einzufordern. Jedenfalls sollte die Universität der Zukunft nicht mehr der ›Wirtschaftssektor‹ mit dem weitaus höchsten Anteil befristeter Beschäftigung (heute ca. 85 Prozent des Personals) sein und sich nicht mehr durch feudale Abhängigkeitsverhältnisse zwischen ›Profis‹ und ›Assis‹ auszeichnen, die bereits zur Zeit von Weber einigermaßen anachronistisch zu sein schienen.

Anmerkungen

- 1 ›HiWi‹ steht für ›wissenschaftliche Hilfskraft‹; es handelt sich um Studentinnen und Studenten, die während dem Studium in kleinen Pensen angestellt werden. ›Assis‹ sind Universitätsangestellte, die eine befristete ›Qualifikationsstelle‹ innehaben (in der Regel Teilzeit) und während dieser Anstellung das Doktorat (oder als nächsten Schritt die Habilitation) erreichen sollen. ›WiMis‹ sind ›wissenschaftliche Mitarbeiter‹, sie werden für Forschung und Projekte angestellt.



- 2 Siehe zum Beispiel den Prolog zum Buch über den »Staatsadel« (Bourdieu 2004).
- 3 Cf. Pierre Bourdieus (1988) Analyse der »Morphologie« der französischen Universitäten im Vorfeld von 1968. Mit dem Begriff »Universitätsbevölkerung« meine ich die Studierenden sowie das wissenschaftliche Personal der Universitäten.
- 4 In den Sozialwissenschaften hatten 2013 z.B. 33.9 Prozent der Studierenden Eltern, die ein Universitäts- oder ETH-Studium absolviert haben (10.5 Prozent Fachhochschule oder Pädagogische Hochschule; 13.3 Prozent Höhere Berufsbildung; 8.6 Prozent Sekundarstufe allgemeinbildend; 28.2 Prozent Sekundarstufe berufsbildend; 5.4 Prozent keine nachobligatorische Ausbildung) (Sonderauswertung Bundesamt für Statistik auf Anfrage des Verfassers dieses Aufsatzes).
- 5 Sofern nicht anders vermerkt sind alle statistischen Angaben dem Datenwürfel und/oder den Basistabellen zum Personal der universitären Hochschulen des Schweizerischen Hochschulinformationssystems SHIS entnommen (Zugang über die Seite des Bundesamts für Statistik > Bildung, Wissenschaft > Tertiärstufe: Hochschulen > Detaillierte Daten > Personal).
- 6 Weitgehend freie Hand wird den Professorinnen und Professoren auch betreffend Nebeneinkünfte gelassen, die in gewissen Fachbereichen wirtschaftlich äusserst lukrativ sein können.
- 7 Siehe Pierre Bourdieus Analyse der »Reproduktionskrise« der Professorenschaft an den französischen Universitäten im Kontext von 1968 (Bourdieu 1988).
- 8 Siehe Pierre Bourdieus Beschreibung der Auseinandersetzungen um eine neue Definition des »legitimen Intellektuellen« in Frankreich (Bourdieu 2004, S. 256–258; 409–412).
- 9 Siehe etwa das Positionspapier »Vision 2020«, in dem »junge Forschende« ihren Sorgen über die Zukunft der einheimischen akademischen Elite Ausdruck verleihen (Hirschi 2012).

Quellen

- BFS (2014): Herkunft der Studierenden an Schweizer Hochschulen. Erste Ergebnisse der Erhebung 2013 zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden. Bundesamt für Statistik.
- BFS (2005): Soziale Lage der Studierenden 2005. Erste Ergebnisse der Studierendenbefragung an den Hochschulen. Bundesamt für Statistik.
- Bourdieu, Pierre (2004): Der Staatsadel. UVK.
- Bourdieu, Pierre (1998): Die rechte und die linke Hand des Staates, in *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. UVK.
- Bourdieu, Pierre (1988): *Homo academicus*. Suhrkamp.
- Gemperte, Michael; Streckeisen, Peter (2011): Der Bologna-Prozess als Kristallisationspunkt neoliberaler Umgestaltung der schweizerischen Hochschulen. In: Pöppinghege, Rainer; Klenke, Dietmar (Hg.): *Hochschulreformen früher und heute*. sh verlag, S. 247–262.
- Hirschi, Caspar (Hg.): *Vision 2020. Positionspapier im Auftrag der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats*, April 2012.
- Marx, Karl (1845): *Thesen über Feuerbach*, MEW 3, S. 5–7.
- Rancière, Jacques (2013): *Die Nacht der Proletarier*. Archive des Arbeitertraums. Turia & Kant Verlag.
- Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFJ (2014): *Massnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Schweiz*. Bericht des Bundesrats in Erfüllung des Postulats WBK-SR (12.3343).
- Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat SWTR (2013): *Nachwuchsförderung für eine innovative Schweiz. Grundlagen für eine umfassende Förderung von Nachwuchskräften für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft*.
- Weber, Max (1919): *Wissenschaft als Beruf*. Duncker & Humblot.